

Neueröffnung von Unterkünften zur Unterbringung Geflüchteter an den Standorten

- **Frankfurter Ring 20 - 22**
- **Nymphenburger Straße 48**
- **Ridlerstraße 13 und 15**
- **Schwanseestraße 14 und 16**

**Ergänzung vom
12.12.2023**

Verlängerung und Umbau einer bestehenden Unterkunft zur Unterbringung Geflüchteter am Standort

- **Meglinger Straße 7**

- 3. Stadtbezirk – Maxvorstadt
- 8. Stadtbezirk – Schwanthalerhöhe
- 11. Stadtbezirk – Milbertshofen-Am Hart
- 17. Stadtbezirk – Obergiesing-Fasangarten
- 19. Stadtbezirk – Thalkirchen-Obersendling-Forstenried-Fürstenried-Solln

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 11220

1 Anlage

Beschluss des Sozialausschusses vom 14.12.2023 (VB)

Öffentliche Sitzung

ERGÄNZUNG

Im Nachgang zur bereits für die Sitzung des Sozialausschusses am 23.11.2023 verteilten Vorlage, die in den 14.12.2023 vertagt wurde, informiert das Sozialreferat über die Rückmeldungen der Bezirksausschüsse 11 und 19:

Der Bezirksausschuss 11 Milbertshofen-Am Hart hat sich in seiner Sitzung am 22.11.2023 mit der geplanten neuerlichen Inbetriebnahme des Frankfurter Rings 20 - 22 als Unterkunft für Geflüchtete befasst und dieser im Rahmen seines Anhörungsrechts mehrheitlich zugestimmt.

Der Bezirksausschuss 19 Thalkirchen-Obersendling-Forstenried-Fürstenried-Solln hat mitgeteilt, dass er die Verlängerung und den Umbau der bestehenden Unterkunft in der Meglinger Str. 7 zur Kenntnis genommen hat und keine Stellungnahme abgeben wird.

Außerdem hat sich der Bezirksausschuss 8 Schwanthalerhöhe in seiner Sitzung vom 05.12.2023 noch mit der Vorlage befasst. Die Vorsitzende hatte bereits eine Stellungnahme für die ursprünglich am 23.11.2023 in den Stadtrat eingebrachte Vorlage als Eilentscheid per E-Mail übermittelt, welche der Vorlage als Anlage beigefügt wurde.

Dieser Ergänzung ist nun die Stellungnahme des gesamten Gremiums als Anlage beigefügt. Dazu nimmt das Sozialreferat wie folgt Stellung:

Die Schallschutzproblematik ist bereits aufgegriffen und wird in der Umsetzung des Vorhabens und soweit erforderlich durch wirksame Schallschutzmaßnahmen berücksichtigt.

Entgegen der Bezeichnung in der Stellungnahme des Bezirksausschusses 8 handelt es sich hierbei nicht um Wohnen (oder temporäres Wohnen), sondern um eine Unterbringung Geflüchteter, wofür andere gesetzliche Vorgaben gelten.

Der Bitte des Bezirksausschusses, die Jugend-/Kultureinrichtung „Gabriele.Space“ möglichst lange in dem Anwesen zu belassen, kommt nach Rückfrage des Kommunalreferats der Eigentümervertreter gerne nach. Der Eigentümervertreter wird dazu direkt mit der Mieterin alles Weitere vereinbaren. Die Suche nach einem Alternativstandort durch die LHM kann im Rahmen des Anhörungsverfahrens nicht zugesichert werden, das Anliegen wird aber im Zuge der Standortsuche für Unterkünfte bei geeigneten Objekten berücksichtigt.

Nach Beschluss der Vollversammlung informiert das Sozialreferat die Anwohnerschaft per Flyer. Kurz vor der Eröffnung führt das Sozialreferat in der Regel einen Tag der offenen Tür durch, an dem sich die Anwohnerschaft und Interessierte selbst ein Bild von der Unterkunft machen und mit Verantwortlichen vor Ort ins Gespräch kommen können.

Der Bezirksausschuss wird in alle relevanten Schritte zeitnah einbezogen, der Tag der offenen Tür und die Information der Anwohnerschaft erfolgt in Abstimmung mit dem Bezirksausschuss.